

Wahlprüfsteine des Verbands Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin (VBIO)

1. Befristungsregelung, Kettenverträge im Wissenschaftsbetrieb

Wie beabsichtigt Ihre Partei den prekären Beschäftigungsverhältnissen (Stichwort WissZeitVG) in der akademischen Forschung zu begegnen? Die gegenwärtige Situation führt bei vielen jungen Wissenschaftlern zu Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit.

Wir Freie Demokraten befürworten die größtmögliche Eigenverantwortung der Hochschulen und treten für die Fortentwicklung der Hochschulautonomie ein. Die Hochschulen benötigen Freiheit und die besten Rahmenbedingungen, die durch eine verlässliche Finanzierung mit Hilfe des Hochschulpakts gewährleistet werden müssen. Die hessischen Hochschulen brauchen Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Kontinuität, um sich weiterentwickeln zu können und um auch Möglichkeiten der Personalentwicklung auf den Weg zu bringen. Wir sind der Überzeugung, dass die beste Lehre aber auch die beste Forschung nur verwirklicht werden können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und dazu gehört es auch, dass der Wettbewerb um die besten Köpfe sich auch auf die Beschäftigten erstreckt. Daher möchten wir, dass die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler und Möglichkeiten wie die Flexibilisierung von Forschungs- und Lehranteilen realisiert werden. Dazu gehört auch die Frage der Befristung und der Entlohnung. Zudem muss auch den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in verstärkter Form Rechnung getragen werden. Dies gilt auch für den sogenannten akademischen Mittelbau, dem bessere Karrierechancen und Arbeitsbedingungen geboten werden müssen. Den Hochschulen müssen dafür auch die rechtlichen Befugnisse übertragen werden, um diese Möglichkeiten realisieren zu können. Dazu gehört auch, dass die Position der Hochschulen im Rahmen der Berufungsverhandlungen gestärkt und Flexibilisierungen ermöglicht werden.

2. Evolutionslehre

Nimmt nach Ansicht Ihrer Partei die Evolutionslehre im Schulunterricht einen ausreichenden Stellenwert ein (z.B. im Vergleich zum Religions- bzw. Ethikunterricht)?

Die Evolutionsbiologie ist daher auch fester Bestandteil der schulischen Curricula und dementsprechend muss dieses Themengebiet gemäß der Stundentafel in den unterschiedlichen Jahrgängen und Schulformen vermittelt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass dies auch in den Schulen gemäß den Vorgaben realisiert wird.

Ferner gibt es selbstverständlich Anknüpfungspunkte zu anderen Fächern und Unterrichtsinhalten, so dass die Evolutionsbiologie auch darüber hinaus vermittelt werden kann und eine Auseinandersetzung erfolgt.

3. Biowissenschaftliche Bildung

Welche Ziele/Maßnahmen verfolgt Ihre Partei, um die fachlichen Aspekte der MINTBildung, insbesondere in den modernen Biowissenschaften, qualitativ zu verbessern? Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Zahl an Schülerlaboren in Hessen zu steigern? Diese Labore sind für die Vermittlung der im Curriculum angegebenen Kompetenzen essentiell und können vielfach nicht durch den regulären Schulunterricht vermittelt werden.

Die Schülerlabore sind eine Möglichkeit, die wir begrüßen. Deshalb ist zu prüfen, wie diese ausgeweitet werden können. Zudem sind wir Freie Demokraten der Überzeugung, dass die Schulen mehr Selbständigkeit erhalten sollen, um einerseits Profilbildungen und Schwerpunktsetzungen vornehmen zu können und andererseits auch außerschulische Kooperationen zu realisieren. Dadurch könnte auch diesen Themenschwerpunkten eine größere Bedeutung beigemessen werden, da Schulen dann gemäß den Bedarfen vor Ort Entscheidungen treffen können.

4. Curricula

Welche Pläne hat Ihre Partei für die künftige Gestaltung der Biologiecurricula (Sekundarstufe. I und II)? Sind Änderungen geplant und ggf. in welcher Weise?

Wir sehen derzeit keinen dringenden Anpassungsbedarf, stehen aber selbstverständlich Gesprächen und Änderungsvorschlägen ergebnisoffen gegenüber. Grundsätzlich halten wir es für erforderlich, die Curricula in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und anzupassen.

5. Arten- und Naturschutz

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Schulen und Erwachsenenbildung - und damit die vom VBIO vertretenen Ziele von Arten- und Naturschutz - weiter zu entwickeln?

Nachhaltige Bildung und Entwicklung werden bereits in unterschiedlicher Art und Weise in den Unterrichtsfächern aber auch im Rahmen von Projekten, Themenwochen und -tagen sowie Programmen in den Schulen thematisiert, so dass das Bewusstsein dafür geschaffen und die Auseinandersetzung gefördert wird. Auch diesbezüglich bietet sich fächerübergreifendes und

interdisziplinär angelegtes Handeln an, so dass wir aktuell keine Veränderung der Rahmenbedingungen für erforderlich halten.

6. LOEWE-Programm

Das LOEWE-Programm war bisher sehr erfolgreich und hat einiges in Bewegung gesetzt. Wir befürchten, dass die Finanzierung zu früh beendet wird. Wir halten es für sinnvoll, besonders erfolgreiche Projekte fortzuführen, um die etablierte Infrastruktur und damit den wissenschaftlichen Output zu erhalten.

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei bei der Fortführung des LOEWE-Programms?

Wir wollen die Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) mit den LOEWE-Zentren und Schwerpunkten fortführen. Die wissenschaftliche Exzellenz muss jedoch auch nach dem Auslaufen der zugesagten Projektfinanzierungen nachhaltig gesichert werden. Aber exzellente Forschung und Lehre braucht neben Landes- und Bundesmitteln auch Drittmittel. Diese stellen nach Auffassung der Freien Demokraten ein wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle dar. An dieser Finanzierungssäule werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden. Hochschulsponsoring sehen wir als Bereicherung und darf deshalb nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Die Einrichtung von Stiftungsprofessuren unterstützen wir. Es gilt dabei, die Freiheit der Wissenschaft und Forschung zu wahren. Sie steht nicht zur Disposition. Deshalb muss es auch eine Rechenschaftspflicht geben, die die Transparenz der Entscheidungen und Mittelverwendung gewährleistet.

7. Gentechnikfreie Regionen

Seit 2014 ist Hessen Mitglied im „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“. Dass sich dieses Bündnis ausschließlich auf Gentechnik in der Landwirtschaft bezieht, wird u.E. nicht ausreichend transparent kommuniziert.

Welche Position bezieht Ihre Partei zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreie Regionen“? Halten Sie eine Reduzierung/Abschaffung von Studieninhalten zur molekularen Pflanzenforschung für sinnvoll (kein Bedarf für Absolventen in Hessen)?

Wir Freie Demokraten sehen die grundsätzliche Ablehnung der Gentechnik, ohne jedwede Differenzierung, kritisch. Das Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen hat nicht unsere Unterstützung, da es pauschal jeden Forschungsansatz bekämpft. Über Studieninhalte hat nicht die Politik zu entscheiden. Wir stehen zur Forschungsfreiheit.

8. Wahlfreiheit bei Lebensmitteln

Manche Produkte sind nur noch mit dem Siegel „ohne Gentechnik“ zu erhalten. Die Wahlfreiheit ist nicht mehr gegeben. Laut LEH und VLOG bedeutet das Siegel keinen nachweisbaren Nutzen für Gesundheit und Umwelt und bedeutet u.E. eine Manipulation der Verbraucher. Studierende der molekularen Biowissenschaften fühlen sich dadurch verunsichert oder diskreditiert, dass der Verzicht auf ihre Studienexpertise anscheinend ein Qualitätsmerkmal ist. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei treffen, Transparenz und Wahlfreiheit zu gewährleisten sowie die Diskreditierung der modernen Biowissenschaften zu vermeiden?

Wir Freie Demokraten stehen für eine transparente Kennzeichnung, die die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleistet. Dazu muss die Kennzeichnung aber auch akkurat und vor allen Dingen aussagekräftig genug sein. Wir brauchen dringend mehr Aufklärung und Information über das Wesen der Gentechnik und ihre Chancen. Die Einseitigkeit, mit der mögliche Risiken diskutiert werden, lehnen wir ausdrücklich ab. Insbesondere anhand der medizinischen Gentechnik lässt sich der Nutzen für die Menschen besonders deutlich machen.

9. Gen-Editierung

Der EuGH hat kürzlich entschieden, dass die neuen Gen-Editierungsmethoden so zu regulieren sind, wie die konventionelle Gentechnik. Dies führt u.E. zu Reduzierung und letztlich Einstellung von Forschung und Entwicklung besonders im Bereich Pflanzenzucht. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf auf diesem Gebiet und welche Maßnahmen würden Sie ggf. ergreifen?

Wir sehen die Folgen des Urteils genau wie Ihr Verband. Wir unterstützen eine rechtliche Regelung, die eine Unterscheidung zwischen den neuen Gen-Editierungsmethoden und der konventionellen Gentechnik herstellt.

10. Synthetische Biologie

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Nutzung der Synthetischen Biologie? Brauchen wir eine landes- oder bundesweite Strategie für die verantwortungsvolle und erfolgreiche Nutzung dieser Techniken?

Wir unterstützen Forschung auf nahezu allen Feldern und stehen für die Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Ob es einer landes- oder bundesweiten Strategie auf dem Feld der synthetischen Biologie bedarf, werden wir prüfen.

11. Tierversuche

Unter Berücksichtigung der 3R-Strategien ist der VBIO der Ansicht, dass Tierversuche für den medizinischen Fortschritt, aber auch für Erkenntnisgewinn in der Grundlagenforschung unverzichtbar sind. Die Aktivitäten teilweise militanter Tierschützer nehmen zu und Forschungslabors müssen aufwändige Sicherheitsmaßnahmen treffen, um Mitarbeiter zu schützen.

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Tierversuchen ein?

Wir müssen anerkennen, dass ein wirksamer Verbraucherschutz zugunsten der Gesundheit und des Wohls der Menschen und vieler Tiere der Tierversuche bedarf.

Selbstverständlich treten wir Liberale dafür ein, diese Tierversuche zu reduzieren, und soweit möglich, durch intelligente und stoffspezifische Alternativmethoden zu ersetzen. Die EU-Tierversuchsrichtlinie bietet hierin bereits einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Belangen des Tierschutzes und den Anforderungen von Forschung und Verbraucherschutz.

In diesem Sinne unterstützt die FDP ausdrücklich die konsequente Anwendung des 3R-Prinzips, das bereits Einzug in die Lehre und Forschung der hessischen Hochschulen gehalten hat. Es ist Bestandteil der Ausbildungsordnungen von z.B. Veterinärmedizinern, Biologen, Chemikern.

An den hessischen Hochschulen wird die Anzahl der Versuche auf das Unvermeidbare beschränkt und alle Verfahren werden ständig in Zusammenarbeit mit Tierärzten evaluiert und optimiert. Es steht außer Frage, dass die Genehmigung und Durchführung von Tierversuchen nur nach strengen wissenschaftlichen und ethischen Regeln erfolgen darf. Forschungsvorhaben werden immer auf die Möglichkeit von Alternativmethoden überprüft, jeder Einsatz detailliert begründet und dahingehend hinterfragt, ob die Thematik nicht schon hinreichend erforscht ist. Der Hauptteil der Tiere wurde zur Erforschung von Erkrankungen des Menschen und der Tiere eingesetzt. Ein steigender Anteil wurde für gesetzlich vorgeschriebene Versuche bei der Herstellung oder Qualitätskontrolle von human- oder veterinärmedizinischen Produkten benötigt.

12. Translation von Forschungsergebnissen

Vielversprechende medizinische Therapieansätze stecken im Übergang zur klinischen Erforschung und Etablierung fest. Wie kann Ihre Politik den Prozess beschleunigen?

Welche Position nehmen Sie zur Forschung mit embryonalen Stammzellen ein?

Mit den Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung DZG, die gegründet wurden, um optimale Forschungsbedingungen zu schaffen und die Forschungsergebnisse effizienter und schneller in Therapien, Diagnostika oder die Anwendung am Patienten zu übertragen, haben wir in Deutschland eine Struktur geschaffen, die sich sehr bewährt hat. Hier kooperieren alle, die am Prozess der

Translation beteiligt sind: Universitätsmediziner und Forscher an Instituten außerhalb der Universitäten, die Pharmaindustrie, Behörden, Patientenverbände und Politik. In diesen Zentren werden die präklinische und die klinische Forschung miteinander vernetzt und große Studien an mehreren Standorten und zu verschiedenen Krankheitsbildern konzipiert und durchgeführt. Darüber hinaus bieten sie durch zentrenübergreifende Biobanken eine Infrastruktur, die effektive Forschung erleichtert. Auch die Einbindung von Patienten gehört zum translatorischen Auftrag der DZG.

Die Vernetzung innerhalb der DZG und auch untereinander generiert ein großes Potential nicht nur an Forschung und Entwicklung, sondern auch an Beschleunigung von Prozessen.

Zu den sechs DZG mit ihren Partnerstandorten wurde im September dieses Jahres der Startschuss für die Gründung von zwei weiteren Zentren gegeben: ein Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit und ein Zentrum für Psychische Gesundheit.

Wir Freie Demokraten halten die Einrichtung der DZGs für sinnvoll. Wir wollen sie fortführen und fördern. Darüber hinaus benötigen wir aber auch mehr Start-ups, die Forschungsergebnisse umsetzen. Bürokratie und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten bremsen den Innovationsgeist aus. Wir wollen in Deutschland ein neues Gründerklima schaffen und bei Menschen Pioniergeist wecken. Daher setzen wir uns dafür ein, Unternehmensgründungen durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und Bürokratieabbau radikal zu vereinfachen. Zudem engagieren wir uns für zeitgemäße Finanzierungsmöglichkeiten und einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft. Denn nur so kann eine Kultur der Risikobereitschaft und des Unternehmertums entstehen.